



Presseinformation

Nr. 222/2007

Kiel, Donnerstag, 12. Juli 2007

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik / Berufliche Bildung

Ekkehard Klug: „Berufliche Bildung ist für 86.000 junge Schleswig-Holsteiner die Ausgangsbasis für den Weg ins Arbeitsleben“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 21** (Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion „Situation und Perspektiven der Beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein“) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die berufliche Bildung schafft in den meisten Fällen die Voraussetzung dafür, welche Möglichkeiten junge Menschen zur Teilhabe am Erwerbsleben erhalten.

Als Brücke vom Jugendalter zum jungen Erwachsenen, der sein Leben durch eigenes Einkommen eigenständig gestalten kann, ist die berufliche Bildung damit sowohl gesellschaftspolitisch als auch im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Dieser hohe Stellenwert korrespondiert leider im Allgemeinen nicht mit der Beachtung, die das Thema „berufliche Bildung“ in der Öffentlichkeit, aber auch in der parlamentarischen Arbeit erfährt. Unsere Große Anfrage, die wesentliche Aspekte der Entwicklung beruflicher Bildung betrifft, kann vielleicht dazu beitragen, dieser Thematik eine größere Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Rund 86.000 junge Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden im kommenden Schuljahr die unterschiedlichen Zweige des sehr vielfältig ausdifferenzierten berufsbildenden Schulwesens besuchen. Davon werden mehr als 57.000 Jugendliche eine Berufsausbildung im dualen System absolvieren - durch ein Ausbildungsverhältnis mit einem Arbeitgeber, der für den Lernort Betrieb zuständig ist, während das Land für den Lernort Berufsschule die Verantwortung trägt.

Seit Anfang der 90er Jahre ist allerdings in den jeweiligen Altersjahrgängen der Anteil derjenigen Jugendlichen, die unmittelbaren Zugang zum dualen System finden, von ehemals rund 75% auf nunmehr etwa 55% zurückgegangen. Andere Bereiche des Berufsbildungssystems haben spiegelbildlich wachsende Anteile vorzuweisen.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Diese Entwicklung, auf die später noch näher eingehen werden, sollte jedoch nicht bedeuten, die **Berufsausbildung im dualen System** auf dem Weg zur „Restschule“ zu sehen, wie man es manchmal schon hört. Diese klassische Form der beruflichen Bildung ist wegen der **idealen Verzahnung von Theorie und Praxis** nach wie vor ein deutsches **Erfolgsmodell**, das jungen Menschen gute Berufs- und Lebenschancen sichert. Darüber darf auch nicht der rückläufige Anteil dieses Sektors hinwegtäuschen, zumal diese Entwicklung in der Vergangenheit auch eine Folge des Zusammentreffens hoher Jahrgangsstärken bei gleichzeitig schlechter Konjunkturlage gewesen ist.

Heute klagen viele Betriebe schon wieder über **fehlende Fachkräfte**. Wer jedoch genügend Ausbildungsplätze bereitstellt und den Absolventen dann auch eine attraktive Berufstätigkeit anbietet, der wird sich hierüber keine Sorgen machen müssen. Angesichts einer besseren Wirtschaftsentwicklung und in Anbetracht der mittelfristig wirksamen demographischen Veränderungen werden die Aussichten für junge Menschen mit guter Berufsausbildung von Jahr zu Jahr besser - und das ist gut so!

Der Staat ist aufgefordert, diese Entwicklung durch gute bildungspolitische (und berufsbildungspolitische) Weichenstellungen zu fördern. Das betrifft unter anderem - bereits im allgemeinbildenden Schulwesen - die **Sicherstellung der für eine erfolgreiche Berufsausbildung nötigen Bildungsvoraussetzungen**.

Ein spezieller Aspekt ist dabei die Notwendigkeit, durch gute Unterrichtsangebote im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich das Interesse für gewerbliche Ausbildungen in diesem Spektrum stärker als bisher zu fördern. Hier gibt es oft zu wenig geeignete Bewerber, wie vor einigen Monaten z.B. der Arbeitgeberverband Chemie-Nord feststellte.

Das Spektrum der Ausbildungsberufe hat sich in den letzten 10 – 15 Jahren erheblich verbreitert. Der **Trend zu Spezialberufen und zur Ausdifferenzierung in einfachere (zweijährige) und anspruchsvollere (drei- bis dreieinhalbjährige) Ausbildungen** - zum Teil auch im gleichen Berufsfeld - hat erkennbar zugenommen.

Hinsichtlich der Spezialisierungstendenz hört man unterdessen Rufe, diesen Trend zu stoppen und die Zahl der Ausbildungsberufe radikal zu verringern. Meines Erachtens muss man an dieses Thema aber mit großer Vorsicht und mit Augenmaß herangehen: Eine radikale Konzentration auf wenige Berufe könnte sonst manche Betriebe bei Wegfall der für sie besonders wichtigen Spezialberufe dazu veranlassen, weniger auszubilden als bisher - und das wäre natürlich total kontraproduktiv. Ein gangbarer Weg wäre meines Erachtens die gemeinsame Grundausbildung für „verwandte“ Berufe im ersten, eventuell auch im zweiten Ausbildungsjahr, so dass dann Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten erst in der letzten Phase der Berufsausbildung in stärkerem Umfang auf die speziellen Inhalte der einzelnen Berufe eingehen.

Als Erfolg sehe ich die in den letzten Jahren verstärkt angebotenen zweijährigen Ausbildungsangebote an, die mittlerweile im dualen System einen Anteil von 6% erreichen. Sie bieten vor allem jenen Jugendlichen, die Probleme haben, auf Anhieb eine anspruchsvollere Berufsausbildung zu bewältigen, einen Einstieg in die Arbeitswelt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Aussage der Landesregierung, dass es hier nicht zu einem Verdrängungseffekt gekommen ist, d.h. das Angebot an zweijährigen

Ausbildungsgängen hat sich insgesamt nicht zu Lasten der längeren Ausbildungsgänge entwickelt.

Im Übrigen halte ich es nicht für richtig, generell auf eine zweijährige Berufsausbildung bei optionaler Weiterqualifizierung im Betrieb umzusteigen, wie es z.T. im Bereich der Verbände diskutiert wird. Viele Ausbildungen sind heute so anspruchsvoll, dass eine längere Ausbildungszeit (wie z.B. beim Beruf des „Mechatronikers“) sinnvoll und notwendig erscheint. Flexibilität ja – Einheitslösungen nach „Schema F“ nein : das ist der richtige Ansatz.

Eine wachsende Zahl von Jugendlichen erhält außerhalb des dualen Systems eine **schulische Berufsausbildung**.

In den letzten 15 Jahren hat sich diese Zahl von rund 2.700 auf 5.500 ungefähr verdoppelt. Die Inhalte entsprechen, wie die Regierung dabei feststellt, weitgehend jener in verwandten Ausbildungsberufen des dualen Systems, z.B. bei den Kaufmännischen Assistenten dem Ausbildungsberuf des Bürokaufmanns. Was fehlt, ist die berufliche Praxis. Viele Absolventen des „Schulberufssystems“ entscheiden sich daher anschließend für eine zusätzliche Ausbildung im dualen System, um bessere Berufschancen zu erhalten.

Hier muss es einen vernünftigen Weg zur Anrechnung ihrer vorherigen schulischen Ausbildung und damit auch zur Verkürzung der Ausbildung im dualen System geben. Die Landesregierung setzt hier auf Einzelfallregelungen und freiwillige Vereinbarungen. Es stellt sich die Frage, in welchem Umfang dies tatsächlich praktiziert wird: Dazu brauchen wir noch weitere Informationen. Ob die Anrechnungsmodalitäten derzeit wirklich vernünftig geregelt sind, bedarf noch einer näheren Erörterung.

(Ich stelle hier also auch den Antrag, die Antwort auf unsere Große Anfrage in den Bildungsausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen).

Besonderes Augenmerk verdient das sogenannte „**Übergangssystem**“ im Bereich der beruflichen Bildung, d.h. schulische Angebote, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln. In den letzten 15 Jahren hat sich hier die Zahl der Schüler ungefähr verdoppelt: von 6.000 auf rund 12.000. Hierunter fallen Angebote wie das Ausbildungsvorbereitende Jahr, berufsvorbereitende Maßnahmen und die Berufsfachschule I sowie Kurse für Jugendliche ohne Ausbildung. Zu einem erheblichen Teil sammeln sich hier jene ‚Problemfälle‘, die nur schwer einen Zugang zur klassischen Berufsausbildung finden. Leider gibt es keine Evaluierung, die Aufschluss darüber eröffnet, mit welchem Erfolg die unterschiedlichen Bildungsangebote des Übergangssystems ihren Teilnehmern bessere Zugangschancen zur „echten“ Berufsausbildung vermitteln. Manche Angebote im „Übergangssystem“ sind zudem hektisch entwickelte Ad-hoc-Lösungen wie die neue einjährige Berufsfachschule, die die Landesregierung zum nächsten Schuljahr nach Wegfall des freiwilligen 10. Hauptschuljahres aus dem Boden gestampft hat.

Andere neue Konzepte der Landesregierung – wie das „Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt“ - müssen sich erst noch in der Praxis bewähren. Es ist aber schade, dass im Zuge dieses neuen Programms leider auch bewährte vorhandene Konzepte - wie das in Ostholstein in Trägerschaft des Kinderschutzbundes durchgeführte Projekt „SchuB“ – „Schule und Beruf“ Knall auf Fall durch Mittelstreichung wegfallen.

Mein Eindruck ist: In diesem Bereich wird zum Teil in kurzen Abständen immer Neues erdacht, teilweise auch unter dem Ziel, EU-Mittel für solche Programme einzuwerben. Die nötige Nachhaltigkeit ist dabei oft nicht gegeben; und außerdem wird auch zum Teil keine Rücksicht auf gut funktionierende vorhandene Projekte genommen. Das ist bedauerlich.“